

Supported Employment between ableism and inclusion: Analysis of the perspective of professionals in an IPS-based programme

Welfare states in Europe and other states in the western world have placed strong emphasis on activation of persons who receive social security benefits. This increasingly includes disabled people, although the compulsory character of these policies is not as strong as with regard to other target groups. The neoliberal foundations of activation policies consider work as a duty and a precondition for enjoying the rights and benefits of the welfare state. The increasing emphasis on activation of disabled people in social policies coincides with growing attention for work as a right for disabled people, as reflected in the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities. These two evolutions provide competing frameworks for making meaning of disability and work. While the duty to work places much responsibility on the individual to be attractive to employers and to avoid becoming a recipient of welfare state benefits, the right to work implies that society and organisations on the labour market are responsible for adapting their ways of working to provide opportunities to disabled people.

To increase employment rates among disabled people, many states have created measures and services aimed at supporting them in entering the labour market, mostly by developing skills and providing training for job searching and application. These so-called supported employment programmes focus on support in the regular labour market as opposed to traditional rehabilitation approaches, and they often depart from the Individual Placement and Support-model (IPS), which is a standardised approach to employment support. Research has demonstrated that such IPS-based programmes are effective in achieving their goal of placement of disabled people in the labour market. However, less attention has been given to the assumptions and meaning-making that underlie the implementation of such programmes. In this study we aimed to uncover the ways in which employment support professionals give meaning to disability and work, and to their support practices, to understand how they assign subject positions to disabled employees. More specifically, we looked at professionals' discursive practices to uncover the discourses on which their meaning-making rests and the ways in which they give meaning to the IPS-principles.

We applied critical discursive analysis to qualitative interviews with representatives of 8 employment support services in Flanders, Belgium. Through open coding of text fragments that pertained to service providers' views on activation, support practices and the labour market position of disabled people we identified, classified and interpreted their discursive practices.

The results show that many practices – although in line with employment support principles – are framed within an individual and ableist approach of disability, which may reinforce stigma through subject positions of lack and inferiority. Some participants did employ aspects of a social approach of disability and a discourse of inclusive labour markets, however these professionals were entrenched between the structure in which they operate and the goal of advocating for their clients. The result is that they place much responsibility for successful employment on their clients, and they do not give priority to challenging ableist assumptions regarding work.

Unterstützte Beschäftigung zwischen Ableism und Inklusion: Analyse der Perspektive von Fachkräften der unterstützten Beschäftigung in einem IPS-basierten Programm

Wohlfahrtsstaaten in Europa und anderen Ländern der westlichen Welt bemühen sich in hohem Maße um die Aktivierung von Personen, die Leistungen der sozialen Sicherung beziehen. Zu diesen Personengruppen werden zunehmend Menschen mit Behinderungen gezählt, obwohl der verpflichtende Charakter entsprechender Bemühungen nicht so stark ist, wie für andere Zielgruppen. Diese Aktivierungspolitik basiert auf neoliberalen Ansichten, denen gemäß Erwerbsarbeit als eine Verpflichtung und als eine Voraussetzung angesehen wird, um die Rechte und Leistungen des Wohlfahrtsstaates in Anspruch nehmen zu können. Parallel zu der zunehmenden Betonung der Aktivierung von Menschen mit Behinderung in der Sozialpolitik, gewinnt vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention der Diskurs über Arbeit als Recht für Menschen mit Behinderungen an Bedeutung. Diese beiden Entwicklungen stellen konkurrierende Argumentationsrahmen für das Thema „Arbeit und Behinderung“ zur Verfügung. Während der neoliberale Standpunkt, dass Arbeit als Verpflichtung anzusehen ist, den Großteil der Verantwortung dem Individuum überträgt, das ein attraktiver Arbeitnehmer sein und verhindern soll, dem Wohlfahrtsstaat auf der Tasche zu liegen, impliziert das Recht auf Arbeit, dass es in der Verantwortung von Gesellschaft und den Akteur*innen des Arbeitsmarktes liegt, Arbeitsweisen und Prozesse so anzupassen, dass Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen eröffnet werden.

Um die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen, haben viele Staaten Maßnahmen und Dienstleistungen entwickelt, die diese Zielgruppe beim Eintritt in den Arbeitsmarkt unterstützen sollen. Der Großteil dieser Maßnahmen beinhaltet die Entwicklung von Fertigkeiten sowie Trainings zur Arbeitssuche und dem Bewerbungsprozess. Diese Programme haben die Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt zum Ziel und orientieren sich häufig am Individual Placement and Support-model (IPS), das einen standardisierten Ansatz der unterstützten Beschäftigung darstellt. Forschung hat gezeigt, dass solche IPS-basierten Ansätze erfolgreich das Ziel der Platzierung von Menschen mit Behinderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt erreichen. Weniger Aufmerksamkeit wurde bisher den Vorannahmen und den Bedeutungszuschreibungen im Spannungsfeld zwischen Ableism und Inklusion gewidmet, die der Implementierung von solchen Programmen zugrunde liegen.

Das Ziel der vorliegenden Studie war es daher aufzudecken, welche Bedeutung Fachkräfte der unterstützten Beschäftigung dem „Thema Arbeit und Behinderung“ und ihren eigenen Unterstützungspraktiken zuschreiben, um zu verstehen welche Subjektpositionen sie Beschäftigten mit Behinderungen übertragen. Konkret wurden die diskursiven Praktiken der Fachkräfte analysiert, um herauszufinden auf welchen Diskursen ihre Bedeutungszuschreibung beruht.

Qualitative Interviews mit Repräsentant*innen von acht Anbietern von unterstützter Beschäftigung in Flandern, Belgien wurden mittels kritischer Diskursanalyse analysiert. Über offene Kodierung von Textteilen die Aufschluss über Ansichten der Anbieter hinsichtlich Aktivierung, Unterstützungspraktiken und der Arbeitsmarktposition von Menschen mit Behinderungen gaben, wurden diskursive Praktiken identifiziert, klassifiziert und interpretiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass viele Praktiken – obwohl sie den Prinzipien der unterstützten Beschäftigung entsprechen – eingebettet sind in eine individualistische und ableistische Sichtweise von Behinderung, die Stigmatisierung durch Subjektpositionen von Mangel und Unterlegenheit verstärken kann. Obwohl einige der Befragten auch Aspekte einer sozialen

Sichtweise von Behinderung und den Diskurs um einen inklusiven Arbeitsmarkt in ihre Schilderungen einföhrten, waren diese Individuen dennoch gefangen zwischen den Strukturen in denen sie operierten und dem Ziel Fürsprecher*innen für ihre Klient*innen zu sein. In der Folge legen die Fachkräfte den Großteil der Verantwortung für eine erfolgreiche Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt auf ihre Klient*innen anstatt ableistische Vorannahmen bezüglich des Arbeitslebens zu hinterfragen.